

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 9

Artikel: Endlich grünes Licht
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093282>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Endlich grünes Licht

In der Sowjetunion ist eine wahrscheinlich entscheidende Schwenkung in die richtige Richtung erfolgt. Den jetzigen Sowjetrepubliken wird ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, durch Nichtunterzeichnung des kommenden Unionsvertrags die Trennung von der UdSSR legal zu vollziehen. An sich ergibt sich die Freiwilligkeit der Partnerschaft schon logisch aus dem Begriff eines Vertragswerks, aber das Zentrum hatte sich bisher immer geweigert, dieser Konsequenz schlicht und einfach zuzustimmen. Jetzt ist es geschehen.

Der überaus wichtige Schritt erfolgte am 24. April in der Form einer Erklärung, die der Unionspräsident Michail Gorbatschow und die höchsten Vertreter von neun Sowjetrepubliken gemeinsam unterzeichneten.

In der Öffentlichkeit ist das Papier, das freilich noch kein verbindliches Recht schafft, vornehmlich als Schulterchluss angesichts der mehrfachen Krisensituation im Land verstanden worden, als Zusammenschluss widerstrebender Einheiten in einem Zeitpunkt, in welchem unter anderem der Parteivorsitz von Gorbatschow in Frage gestellt war, eine Gefahr, die unmittelbar danach beim Zentralkomiteeplenum der KPdSU behoben wurde.

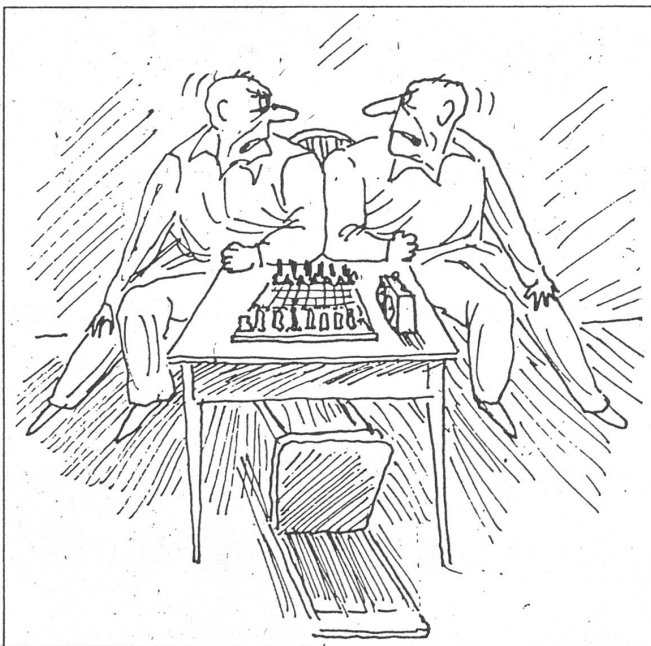
Tatsächlich war die gemeinsame Erklärung polyvalent. Sie sprach sich für ein unionsweites Notprogramm aus und befürwortete ein Verbot der politisch motivierten Streiks, die namentlich im Bergbau vielerorts aufgebrandet waren. Aufsehen erregte ferner insbesondere die Tatsache, dass Gorbatschow und Boris Jelzin, der russische Präsident, sich trotz ihrer Rivalität angesichts der Dringlichkeiten zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengefunden hatten. Das alles

dominierte die Aktualität so, dass man die Weichenstellung in der Föderationsfrage nahezu übersah.

Indessen ist in diesem Punkt die Klarstellung erfolgt, die eigentlich trotz ihrer Überfälligkeit vom Zentrum bis dahin mit so viel Beharrlichkeit hintertrieben worden war, dass man an ihrem friedlichen Zustandekommen schon fast nicht mehr geglaubt hatte. Die nunmehr gemeinsame Erklärung vereinigt neben der UdSSR als solche die Russische Föderation, die Ukraine, Weissrussland, Aserbaidschan, Turkmenien, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien und Kasachstan. Diese neun Sowjetrepubliken bekennen sich zum Prinzip eines neuen Unionsvertrages, für den übrigens (schon wieder) ein neuer Text ausgearbeitet werden soll. Er soll die Grundlage für eine neue UdSSR mit einer neuen Verfassung werden. Bis dahin ist das bis auf die gewünschten Neuformulierungen nichts neues. Was neu ist, betrifft die Sowjetrepubliken, die den Vertrag nicht unterzeichnen wollen. Ihnen wird endlich das ausdrückliche Recht zugestanden, die Partnerschaft nicht einzugehen und damit der neuen UdSSR fernzubleiben. Damit bejaht das Zentrum erstmals die

In dieser Nummer

Den Frieden sichert nur der Bundesstaat	4
Mihajlo Mihajlov über Jugoslawien	
Wir erwarten Anerkennung	7
Zeitbild-Gespräch mit dem slowenischen Aussenminister	
Welches Haus?	9
Kommentar zur Integrationsfrage	
Ungarn in dreifacher Krise	10
Postsozialismus ist kein Dauerzustand	
Zusammenhänge	11
Ostdeutschland und die Angst	
Und eine Zukunft hat sie doch	12
Nämlich die Neutralität. Unsere Serie	
Leserkontroverse um Zeitbild-Artikel	14
Echo zur «Verelendung der Schule»	
2 Politwitze	16



«Neue Zeit», Moskau (Nr. 13/1991), brachte diese Karikatur zu einem Beitrag über das Verhältnis von Russland und Sowjetunion.

Möglichkeit der Sezession durch Nichteintritt in die kommende UdSSR.

Grundsätzlich gilt das für jede der fünfzehn Sowjetrepubliken, und praktisch betrifft das jene sechs Länder, die beim Treffen nicht dabei waren, die gemeinsame Erklärung nicht unterschrieben haben und mit Sicherheit keinerlei Absicht haben, dem kommenden Unionsvertrag in welcher Fassung auch immer beizutreten. Das sind Estland, Lettland, Litauen, Georgien (das nach den baltischen Staaten ebenfalls seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärt hat), Armenien und die Moldau. Sie alle sind nun auf friedlichem Weg aus dem sowjetischen Staatsverband entlassen, wenn der Vertrag in Kraft tritt.

Unter der Voraussetzung immer, dass die Neunerklärung umgesetzt wird, entfallen somit die Bestimmungen des sogenannten Sezessionsgesetzes vom April 1990. Entgegen seinem Namen und seiner Einleitung präzisierte es keinerlei Austrittsrecht, sondern nur ein Antragsrecht auf Austritt, mussten doch (Artikel 20) sämtliche territorialen Einheiten der UdSSR dem Austrittswunsch einer gegebenen Sowjetrepublik stattgeben, um die Sezession rechtsgültig zu machen. Ein solches anderweitiges Einverständnis ist nun nicht mehr vonnöten. Eine jede Sowjetrepublik entscheidet für sich selbst, ob sie den Vertrag unterzeichnet oder nicht, und ihr alleiniger Entscheid ist es, welcher zählt.

Als unverbindlich erscheint in diesem Licht nunmehr auch das Unionsreferendum vom März 1991, bei dem eine Mehrheit der Sowjetbürger insgesamt für den «Fortbestand einer erneuerten Union» votiert hatte. Entscheidungsbefugt ist nunmehr (wie es schliesslich der Logik eines Vertrags entspricht) der potentielle Vertragspartner selber und nicht eine Mehrheit der sowjetischen Stimmbürger.

Somit bedeutet die Erklärung vom 24. April (vorausgesetzt, es bleibt dabei) grünes Licht für den Austritt von Sowjetrepubliken, und sechs von ihnen werden sicher davon Gebrauch machen. Diese Wende der gesamt-sowjetischen Politik ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Das beendet die Probleme weder der Unterzeichner noch der Nichtunterzeichner. Die wirtschaftliche und ökologische Lage ist so schlecht, dass ihre grundlegende Besserung innerhalb einer nützlichen Frist auch dann fraglich erscheint, wenn die föderative Vernunft, die endlich ihren Einzug gehalten hat, weiterhin anhält. Aber weil ein Sieg der Vernunft immer besser ist als ein Sieg der Unvernunft, ist auch die Aussicht auf eine Lösung ohne Bürgerkrieg um so viel besser geworden. ■

LIEBE LESER

In dieser Nummer kommen zwei Jugoslawen von Format und Vernunft zu Wort, der demokratische Oppositionelle Mihajlo Mihajlov (der seinerzeit mehrere Jahre in Titos Gefängnissen verbrachte und durch das Schweizerische Ost-Institut dem Ausland vorgestellt wurde) und der slowenische Aussenminister Dimitrij Rupel, der unserm Mitarbeiter Matthias Messmer ein Interview für das Zeitbild gegeben hat. Zusammen ergibt das eine mittelbare Debatte zum Thema der bedrohten Föderation, geführt auf einem Niveau, das den praktischen Auseinandersetzungen in den nationalen Fragen leider meistens fehlt.

Mihajlo Mihajlov anerkennt zwar die Front zwischen den serbischen und antiserbischen Nationalisten als einen dominanten Ausdruck der Realität, nicht aber als gültigen Gegensatz der politischen Option. Er stellt die demokratischen Kräfte jeder Nation den nationalistischen Kräften jeder Couleur gegenüber und sieht die letzte Chance für Land und Leute darin, dass man dieser Alternative gewahr werde. Für ihn muss eine demokratisch erneuerte Föderation erhalten bleiben, akut als Rettung vor dem Bürgerkrieg und dauerhaft als Halt für die kommende Demokratie.

Anders sieht es Dimitrij Rupel. Für ihn ist die jugoslawische Föderation das Ergebnis diktatorischer Gewalt und anders als mit dieser nicht zusammenzuhalten. Auf dem Weg zur Demokratie sieht er die nationalstaatliche Phase, die sich nicht überspringen lasse, als unabdingbar an, nicht zuletzt in Hinsicht auf die europäische Integration, der mit einer Übernahme von Zwangsgebilden nicht gedient sei. Er spricht ausdrücklich nur für Slowenien (das Mihajlov übrigens von seiner gesamtjugoslawischen Betrachtung halbwegs ausnimmt), aber dem liegt eine ganzheitliche Betrachtung mit ihren Übertragbarkeiten zugrunde, und letztlich führt die Argumentation jeder Güteklasse doch zur einfachen Frage, ob man Jugoslawien als Begriff und als politische Sache überhaupt anerkennt oder nicht.

Zwischen Jugoslawien und der UdSSR bestehen entscheidende Unterschiede in den Dimensionen, in den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und in den geschichtlichen Erfahrungen. Und doch sind die Ähnlichkeiten in der nationalen Problematik flagrant, und diese ist es, welche die nahe Zukunft der postsozialistischen Länder vorrangig prägen wird. *Christian Brügger*

AUS DER SFD

Projekt «Danke»

Auf ein erfreulich grosses Echo gestossen ist unser Projekt «Danke» – Schweizer Urlaub für alliierte Truppen vom Golf. Bereits in den ersten Tagen nach Erscheinen des Inserates im Zeitbild Nr. 8 konnten wir die ersten Anmeldungen und Spenden entgegennehmen.

Dass ein militärisches Eingreifen der Alliierten unter Federführung der USA zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Kuwaits unausweichlich war, beweist heute die Flüchtlingswelle der irakischen Kurden, die zusammen mit dem schiitischen Widerstand im Süden des Landes, vergeblich versucht hatten, Saddam Hussein zu stürzen. Und wieder sind es die alliierten Truppen, die zum Schutz der kurdischen Flüchtlinge

gegen den irakischen Terror eingreifen müssen. Die Männer und Frauen, die auch für unsere Sicherheit ihr Leben riskiert haben, verdienen ein kleines Dankeschön.

Möchten auch Sie ein Mitglied der alliierten Truppen für eine Woche bei sich beherbergen – oder möchten Sie einen Beitrag für die anfallenden Kosten spenden? Helfen Sie mit, dass unsere Aktion ein Erfolg wird!

Unsere Adresse: Stiftung für Demokratie, Projekt «Danke», Jubiläumsstr. 41, 3000 Bern 6, Tel. 031 43 12 12

Spendenkonto: Stiftung für Demokratie, Postcheck 30-4474-8, 3000 Bern 6 (bitte mit dem Vermerk Projekt «Danke»)